

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Donnerstags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: 19.—25. Nov. 600 Milliarden M. Einzelne Nummern 100 Milliarden M.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 32 mm breite  
Grundzeile ober deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile ober deren Raum  
im amtlichen Teile 60 Pf., unter Eingeladent 90 Pf. — Ermäßigung auf Familien-  
und Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeltweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesfikturrentenkasse, Jahresbericht und Rechnungsabluß  
der Landes-Brandversicherungsanstalt Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 269

Dresden, Dienstag, 20. November

1923

## Das Misstrauensvotum gegen Strefemann.

### Die Haltung der sozialdemokratischen Partei.

Am Sonntag hat der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei bekanntlich seinem Führer und gegenwärtigen Reichskanzler Dr. Strefemann mit großer Mehrheit ein Misstrauensvotum ausgesprochen, das gleichzeitig als Misstrauensvotum gegen die oppositionellen und auf eine bedingungslose Zusammenarbeit mit der Deutschen Nationalen Volkspartei eingeschlossene Minderheitsgruppe in der sozialdemokratischen Fraktion zu wirken ist. Eine Klärung hat sich aber bisher aus diesem Beschlusse nicht ergeben, denn die Korespondenz, Quasid und Feinde scheinen auch weiterhin zu beabsichtigen,

### als deutschnationale Vorposten in der Volkspartei und ihrer Reichs- tagfraktion

zu verbleiben. Selbst wenn das nicht der Fall wäre und die deutschnationalen Volksparteiler aus dem Ergebnis der Zentralvorstandssitzung die für einen charakteristischsten Politiker selbstverständlichen Folgerungen gezogen hätten, würde das, so schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst, an der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie gegenüber der Reichsregierung nichts ändern. „Denn auch die Rede des Reichskanzlers vor seinen Parteifreunden ist für uns alles andere als befriedigend. Kein Wort hat er dem Ausnahmezustand gewidmet, obwohl ihm genau bekannt sein dürfte, daß die in Thüringen eingeleitete Reichswehr gerade gegenwärtig auf dem besten Wege ist, ähnliche Zustände zu schaffen wie in Sachsen, nachdem dort der sozialdemokratischen Regierung ebenfalls die

### Vollzugsgewalt aus den Händen genommen wurde.

Auch gegenüber Bayern ist von einer Änderung in der bisherigen Haltung des Reiches nichts zu verspüren. Statt dessen glaubte der Reichskanzler, seine Vergangenheit rechtfertigen und einen Vergleich zwischen seinem Vorgehen gegen Sachsen und Thüringen und dem gegen Bayern abzulehnen zu müssen. Er hat sich bei dieser Gelegenheit offensichtlich einer Wahrheitsentstellung schuldig gemacht, als er die Behauptung aufstellte, daß in Bayern das Eigentum niemals bedroht worden sei und deshalb kein Anlaß zur Reichsbesetzung vorgelegen habe. Vielleicht gibt der bayerische Innenminister Dr. Schweyer dem Reichskanzler eine weitere Erklärung darüber, warum, mit seiner Zustimmung, Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterwehr in Bayern bewaffnet und an unruhigen Tagen in das Gebirge der „Rückener Post“ geleitet worden. Er dürfte kaum bestreiten können, daß diese Maßnahme nicht zum Vergnügen, sondern zum Schutze der „Münchener Post“ vor

### Übergriffen der nationalsozialistischen Banden,

also zur Sicherung des Eigentums, geschaltet wurde. Aber es gibt zahlreiche andere Fälle, die gegen den Reichskanzler sprechen. Hunderte von sozialdemokratischen Familienvätern dürfen gern bereit sein, Auskunft darüber zu geben, in welchem Maße die verfassungsmäßige bayerische Regierung ihren Familienangehörigen und ihren Wohnungseinrichtungen bisher hat Schutz angeheben lassen. Aber es scheint, daß die Überfälle auf sozialdemokratische Parteianghörige den Reichskanzler ebenso wenig interessieren wie das gleichzeitige Gesamtverbot der sozialdemokratischen bayerischen Presse. Selbst in der nächsten Umgebung des Herrn v. Rath wird dieses Verbot als unbegründet und gleichwohl beträchtlich. Herr Strefemann aber, der angeblich so viel auf die Sicherung der „Staatsautorität“ (wie ich sie auffasse!) gibt, verzichtet darauf, gegen eine verfassungswidrige Handlung einer Person, deren Existenz ebenfalls ungeschützt ist, zu protestieren. In Bayern duldet er also, entgegen seinen sonstigen Redensarten über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, daß durch

### verfassungswidrige Handlungen Ruhe in breite Kreise der Bevölkerung getragen wird

und mehrere hundert Angestellte gezwungen werden, infolge des Verbots der Zeitungen die

## Vor der Entscheidung des Reichstages.

### Scharfe Kritik an der Politik Dr. Strefemanns.

Berlin, 19. November.

Man rechnet damit, daß sich die politische Aussprache im Reichstage bis zum Freitag ausdehnen wird, wobei der Freitag für die Fraktionsbesprechungen freigehalten wird. Eine Entscheidung des Reichstages über ein Vertrauens- oder Misstrauensvotum dürfte vor Freitag nicht zu erwarten sein. Weitere Sitzungen des Reichstages sind bisher nicht in Aussicht genommen.

Berlin, 20. November.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Montag nachmittags zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage zusammen. Im Verlauf der Debatte wurde allgemein über die in den letzten Wochen verfolgte Politik der Regierung scharfe Kritik zum Ausdruck gebracht. Es ist anzunehmen, daß die Fraktion bei der Abstimmung über die aus Anlaß der politischen Aussprache eingebrachten Anträge der Reichsregierung durch einen eigenen Antrag ihr Mißfallen über die Politik der letzten Wochen auszusprechen wird.

### Die Diktaturkandidaten. Für die „Regierung des nationalen Vertrauens“.

Berlin, 20. November.

Allmählich wird bekannt, welche Kandidaten von den deutschnationalen und ihren völkerverhetzlichen Bundesgenossen für die Diktatur, euphemistisch „Regierung des nationalen Vertrauens“ genannt, in Aussicht genommen sind. Für das Ernährungsministerium hat die „Deutsche Tageszeitung“ schon offiziell den bekannten Abgeordneten Schlang als Kandidaten des

Landesbundes bezeichnet. Man kann der Ansicht sein, daß Herr Schlang, nach seinen bisherigen Äußerungen, sich für den Posten eines Vizepräsidenten weit eher eignen würde. Näher General v. Seckl, an dessen Bereitwilligkeit man jedoch allerdings in diesen Kreisen wieder Zweifel zu werfen beginnt, lauten noch die Namen des früheren Staatssekretärs Gläbe und des völkerverhetzlichen Abgeordneten Heintze auf, welcher letzterer ja in Dresden als Reichstagsmitglied bereits eine Probe seiner diktatorischen Fähigkeiten abgelegt hat. Es veranlaßt auch, daß Herr Hergt bereits mit englischen Kreisen in Verbindung steht, um zu erkunden, wie man sich in London zu einer solchen Regierung stellen würde. Das Resultat soll jedoch nicht sehr befriedigend ausfallen sein.

Zunächst läßt sich ja die Öffentlichkeit nur allzusehr einschüchtern von den starken Geistes und dem betäubenden Geschrei von Leuten, hinter denen, wenigstens vorläufig, keine wirkliche Macht steht, um sich gegen Verfassung und Parlament durchzusetzen. Daher begreift sich auch das inbrünstige Verben um die Seele des Herrn von Seckl, weil dieser Mann vielleicht imstande wäre, den Diktatoren die Machtmittel in die Hand zu geben, deren sie zur Verwirklichung ihrer Pläne bedürfen.

### Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen.

Stellt man den geduldeten Zwang zur Arbeitslosigkeit in Bayern in Vergleich zu dem Verhalten gegenüber den Erwerbslosen und Sozialrentnern im Ruhrgebiet, dann ergibt sich erst die Bodenlosigkeit der gegenwärtigen Regierungspolitik. Für die Armen der Armen im Ruhrgebiet ist kein Geld mehr vorhanden, sie sollen den Separatisten und Franzosen in die Arme getrieben werden, während die Mittel des Reiches für die Miswirtschaft des Herrn Rath immer noch ausreichen, und auch für die nutzlose Verschönerung der Reichswehr nach und in den Ländern mit sozialistischen Regierungen die Gelder noch erübrigt werden können. Solange dieser Zustand anhält und die Regierung die Gehälter der Beamten in den besetzten Gebieten zahlen kann und will, so lange erachtet die Sozialdemokratie die Nichts der Reichsregierung, die Zuschüsse für die minderbemittelten Bevölkerungskreise im Ruhrgebiet zu sperren, für unethisch. Überhaupt hat es den Anschein, als ob die Regierung mit den geplanten Maßnahmen lediglich den Zweck verfolgt, sich der ihr zufallenden

### Verantwortung für die zukünftige Entwicklung im Ruhrgebiet rechtzeitig zu entledigen

und sie einem Keinen Ausschuh zu übertragen, obwohl sie hierzu, ohne Zustimmung des Reichstags und des Reichstages, ein Recht nicht hat. Die Sozialdemokratie lehnt es ab, Maßnahmen, die als Folgen eines besagten Mangels an Mut zur Verantwortung betrachtet werden müssen, ihre Zustimmung zu geben.

Eine Partei von der Größe der Sozialdemokratie muß aus der Inkonsequenz der gegenwärtigen Reichsregierung, aus ihrer Einstellung zu der Innen-, Außen- und kapitalistischen Wirtschaftspolitik die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen, sobald das möglich ist. Mit dem Zusammentritt des Reichstages, der heute erfolgt, ist die Möglichkeit gegeben, Klarheit zu schaffen. Diese Klarheit ist notwendig im Interesse Deutschlands, und sie muß geschaffen werden trotz den Hinweisen des Reichskanzlers auf die schwebenden Kredit-

verhandlungen und deren Gefährdung durch eine Kabinettskrise. Noch bei allen Krüsen, die Strefemann als Reichskanzler bisher erlebt, bediente er sich der auch jetzt wieder angewandten Taktik. Wir geben zu, daß im Augenblick tatsächlich Kreditverhandlungen schweben, aber wir können nicht einsehen, daß ein Ergebnis dieser Verhandlungen sich der

### Reichskanzlerschaft Strefemann nicht und fällt.

Die ausländischen Unterhändler geben ihren Kredit nicht der gegenwärtigen Regierung, und nicht aus Liebe zu unserem Volke, sondern aus eigenen wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Sie werden auch Warenkredite geben, wenn ein anderer Mann an die Stelle des gegenwärtigen Reichskanzlers tritt. Die Hauptsache ist, daß hierfür die notwendigen Bürgschaften aufgebracht werden. Ob Herr Strefemann hierzu mehr imstande ist als ein anderer Politiker, möchten wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls kann die Sozialdemokratie seine jegliche Taktik nicht als Grund zur Verschiebung der doch einmal notwendigen Klärung anerkennen. Sie dürfte deshalb die in den letzten Wochen von dem dritten Kabinett Strefemann verfolgte Politik mit einem Antrag im Reichstag beanstanden, der Regierung das Misstrauen anzusprechen.

### Zwischen zwei Stühlen.

Berlin, 19. November.  
In seiner „Welt am Montag“ schreibt Herr v. Gerlach, der Herrn Dr. Strefemann mit großen Hoffnungen begrüßt hatte, in folgender, scharf kritischer Weise:

Herr Strefemann hat sich glatt zwischen zwei Stühlen gesetzt. Was er links an Vertrauen verlor, gewann er noch lange nicht rechts. Überschläue Übergeißelung machen sich manchmal der größten Dummheiten schuldig. Ich kenne einen sehr klugen Mann, der vor etwa 15 Jahren um jeden Preis in den Reichstag wollte. Er verhandelte deshalb mit drei Parteien. Als davon etwas durchdrückte, war für ihn die Hoffnung begraben, je in seinem Leben das „R. d. R.“ auf seine Wählerliste drücken zu lassen.

Strefemann hat alles getan, um sich die Günst der Rechten wieder zu erkaufen, die er sich durch seine Zerteilung mit den „Majors“ verschert hat. Er hat sogar den Kronprinzen zurückgerufen.

Vergebens! Die Rechte akzeptierte den Kronprinzen, obwohl er ihr als „Mätyrer“ in Thüringen vielleicht beinahe wertvoller war denn als wohlhabender Fideikommissherr in Geld. Aber sie akzeptierte nicht Strefemann als Kanzler. Unsere Junker können mancherlei verzeihen. Ein Fehltritt nach links bleibt ihnen unverzeihlich. Er könnte sich ja wiederholen!

So tritt Herr Strefemann vor den Reichstag mit dem fast allgemeinen Misstrauen beladen. Rechts sagt man sich: Wenn schon, denn schon! Links sagt man sich: Der Mann hat sich unmöglich gemacht. Selbst in der Mitte hat er nur noch wenig Freunde. Die meisten von denen, die ein Misstrauensvotum ablehnen, tun es nur, weil sie bei dem entsetzlichen Mangel an politisch führenden Persönlichkeiten in Deutschland keinen geeigneten Nachfolger wissen. Oder wer kann etwa den Volksparteiler Dr. Scholz, den man jetzt manchmal als Kanzlerkandidaten nennen hört, ernst nehmen, wenn man sich entsinnt, wie häufig dieser Mann einst als Minister versagt hat?

Nur von rechts ist die Ordnung im Reich ernstlich bedroht. Trotzdem haben neun Zehntel aller diktatorischen Maßnahmen sich gegen links gewendet. Von dem Einmarsch der Reichswehr in das absolut ruhige Sachsen und dem Verbot passivistischer Organe wie der „Reichswehr“ und passivistischer Versammlungen an — über die militärische „Zermietung“ der friedlichen Stadt Weimar hinweg bis zu dem Verbot des Organs des Reichstagspräsidenten Loebe, der Breslauer „Volkswacht“, wegen eines Nie-wieder-Kriegsartikels, war die Diktatur fast eine einzige Reihe reaktionärer Maßregeln.

Trennung! Auch auf die Gefahr ihres weiteren Bestehens hin darf sich die Sozialdemokratie dem Misstrauensvotum gegen Strefemann nicht entziehen. Alles ruhig abgewogen, bleibt selbst eine Reichstagsauflösung das kleinere Übel gegenüber dem Fortbestehen eines sich täglich mehr rechts orientierenden Kabinetts Strefemanns.

### Reichsbankpräsident Havenstein †.

Berlin, 20. November.  
Wie die Reichsbank mittels, ist heute morgen Reichsbankpräsident Havenstein gestorben.

Damit hat der Streit um die Person des Reichsbankpräsidenten und um die Führung der Geschäfte der Reichsbank, die beide — zumal in letzter Zeit — oft Gegenstand berechtigter Kritik waren, sein Ende gefunden. Über die Nachfolge Havensteins verläutet noch nichts.

### Abichten auf produktive Erwerbs- losenfürsorge.

#### Zusammengehen mit den Landes- behörden.

Berlin, 19. November.

Kritisch wird mitgeteilt: Die ersuchende, durch die Währungsverhältnisse und die Rhein- und Ruhrbesetzung verursachte Arbeitslosigkeit hat die verantwortlichen Reichsstellen veranlaßt, im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten Vorschläge zu machen.

Das Reichsarbeitsministerium hat die Erwerbslosenfürsorge soweit umgestaltet, daß ihre Mittel produktiver als bisher verwendet werden können.

Durch die neue Bestimmung, daß von den Erwerbslosen gegen die Unterstützung Arbeit verlangt werden kann, ist die Möglichkeit eröffnet, die Unterstützungsmittel in beträchtlichem Maße wertschöpfend einzusetzen. In verschiedenen Städten hat sich dies bereits bewährt; es ist damit der Beweis erbracht, daß die Arbeitspflicht der Arbeitslosen sich durchsetzt und zur Belebung des nodenden Wirtschaftens beiträgt. Die Arbeitspflicht ermöglicht gleichzeitig die Einleitung großer Rotkundsarbeiten, wie insbesondere Ostlandkulturen, die bisher vielfach an der Unmöglichkeit rationeller